



# im blickpunkt aumühle

kommunal - politisch **OKTOBER 2007** www.spd-aumuehle.de

## 100 Jahre Sozialdemokraten in Aumühle

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

### 100 Jahre Sozialdemokraten in Aumühle?

Ja, es stimmt, die SPD in Aumühle blickt auf eine über hundert Jahre lange Geschichte zurück. Ein Grund zum Feiern! Uns liegt zwar keine offizielle Gründungsurkunde vor, aber ein Nachweis, aus dem erkennbar ist, dass Sozialdemokraten mindestens seit 1907 in unserer Gemeinde aktiv waren.



Leicht hatten wir Sozialdemokraten es nie. Immer wieder mussten wir in den vergangenen hundert Jahren Widerstände überwinden. Widerstände hielten uns aber nie ab, uns für unsere Ziele einzusetzen, die sich am Allgemeinwohl orientieren. Und uns als

Anwalt dafür zu sehen, dass nicht Interessen Einzelner bei politischen Entscheidungen die Oberhand gewinnen.

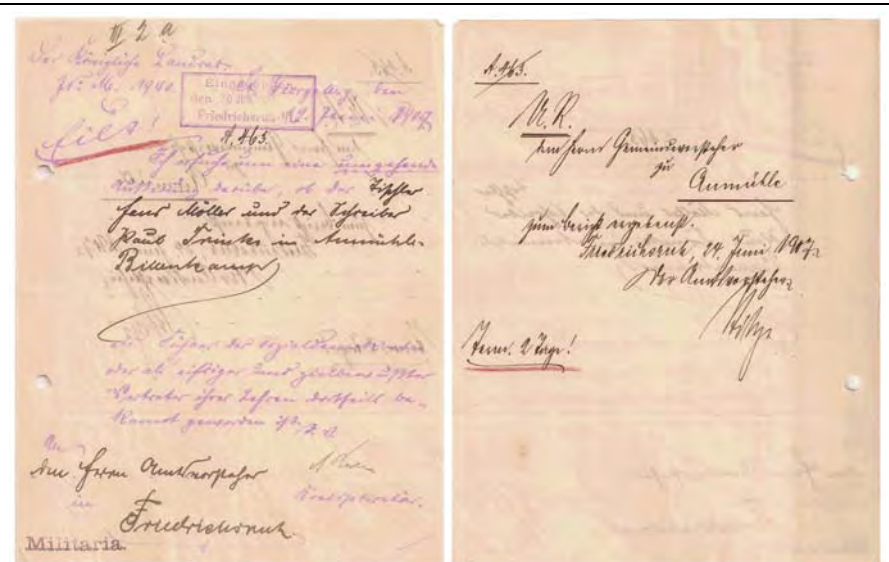
Ausgerechnet die ersten „urkundlichen“ Erwähnungen in Aumühle gehen zurück auf die dokumentierten Bespitzelungen sozialdemokratischer Aktivitäten in Nachfolge des Sozialistengesetzes, dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, das einem Parteiverbot gleich kam.

Einen historischen Rückblick auf die hundert Jahre der SPD in der Sachsenwaldgemeinde finden Sie in diesem Blickpunkt. Viele Aumühlerinnen und Aumühler haben sich während dieser Zeit im Vorstand oder in der Gemeindevertretung engagiert. Alle zu nennen würde den Rahmen einer solchen Festschrift sprengen. Wir haben uns deshalb auf die Portraits einiger weniger herausragender Sozialdemokraten aus unserer langen Geschichte beschränkt.

Mit Freude nehmen wir heute zur Kenntnis, dass unser Engagement und die Qualität unserer politischen Arbeit fraktionsübergreifend und in breiten Kreisen der Bevölkerung anerkannt werden.

Wir versprechen, uns nach unserem hundertjährigen Jubiläum nicht aufs Altenteil zurückziehen. Auch in Zukunft werden wir uns mit aller Kraft für Aumühle einsetzen. Wir sind uns unserer Wurzeln bewusst und werden sie nicht verleugnen. Die SPD ist und bleibt ein Garant für soziale Gerechtigkeit in Aumühle. Darauf können Sie sich verlassen.

In diesem Sinne grüße ich Sie.  
Bleiben Sie uns gewogen.  
Ihr Reinhard Röseler  
1. Vorsitzender  
des SPD-Ortsvereins Aumühle



Der Königliche Landrat / St. Georgsberg, den 19. Juni 1907 / Eilt!

An den Herrn Amtsvorsteher in Friedrichsruh

Ich ersuche eine umgehende Mitteilung darüber, ob der Tischler Hans Möller und der Schreiber Paul Trinker in Aumühle-Billenkaamp als Führer der Sozialdemokratie oder als eifriger und zielbewußter Vertreter ihrer Lehren dortselbst bekannt geworden ist...

U.R. (Urschriftlich gegen Rückgabe) / dem Herrn Gemeindevorsteher zu Aumühle zum Bericht ergebenst.

Friedrichsruh, 24. Juni 1907. / Der Amtsvorsteher. / Titze / Term(in) 2 Tage !



An den Herrn Amtsvorsteher in Friedrichsruh i/L.

Aumühle den 26. Juni 1907

Urschriftlich an Herrn Amtsvorsteher in Friedrichsruh

mit dem Bemerkem ergebenst zurück das der Tischler Hans Möller und der Hausknecht Paul Trinker der Sozialdemokratie angehören

Der Gemeindevorsteher H Vagt

## Grußwort zum 100. Jubiläum des SPD-Ortsvereins Aumühle

Liebe Genossinnen und Genossen,

herzlichen Glückwunsch zum 100. Jubiläum der ersten urkundlichen Erwähnung der Sozialdemokratie in Aumühle. Das ist ein stolzes Jubiläum und allemal eine Feier wert.

Ein solches Jubiläum bietet die Gelegenheit, zurückzublicken: Die SPD kann auch die Erfahrung von anderthalb Jahrhunderten zurückschauen. Von Anfang an betrachtete sich die deutsche Sozialdemokratie als Teil einer Freiheitsbewegung, die für mehr Demokratie und Gerechtigkeit eintritt. Wir sind stolz darauf, niemals Krieg, Unterdrückung und Diktatur über unser Volk gebracht zu haben und erinnern uns mit Stolz an die historischen Leistungen der deutschen Sozialdemokratie. Es war die SPD, die die Werte der europäischen Aufklärung in Deutschland durchgesetzt hat. Dazu gehört der Einsatz für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Arbeitnehmerschaft ebenso wie die Durchsetzung des Frauenwahlrechts. In der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, hat die SPD nationale Regierungsverantwortung übernommen. Im Nationalsozialismus hat die Sozialdemokratie Widerstand geleistet, den Kommunismus hat sie politisch bekämpft. Viele Genossinnen und Genossen wurden für ihre Überzeugung verfolgt, nicht wenige haben sogar ihr Leben verloren. Ihre Opfer in Zeiten der Niederlagen für Freiheit und Demokratie sind uns dauerhafte Mahnung und Verpflichtung.

Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben die Geschichte unseres Landes, seine politischen und soziale Kultur entscheidend geprägt. Das Godesberger Programm hat uns regierungs-



fähig gemacht, die Ostpolitik unter Willy Brandt hat mitgeholfen, den Eisernen Vorhang zu überwinden. Helmut Schmidt hat in schwierigen Zeiten Kurs gehalten. Mit Gerhard Schröder haben wir die umfassende Erneuerung unseres Landes begonnen und eigenständige außenpolitische Verantwortung bewiesen.

Auch in den kommenden Jahren stehen wir vor großen Aufgaben. Wir wollen unser Land erneuern, die Solidarität und das menschliche Miteinander in unserer Gesellschaft erhalten und stärken. Wir wollen, dass jeder Mensch, ganz gleich was er leisten kann, frei von Not leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann. Das ist der Auftrag, den uns die Menschen gegeben haben. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir Probleme lösen **und** die soziale Balance wahren. In unserem neuen Grundsatzprogramm werden wir Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit geben. Im Mittelpunkt stehen dabei unsere Leitbilder: Wir wollen einen vorsorgenden Sozialstaat und eine solidarische Bürgergemein-

schaft. Die Programmdebatte wollen wir auch dazu nutzen, neue Mitglieder zu gewinnen. Wir brauchen Menschen, die sich im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, in ihren Städten und Gemeinden für unsere Ideen einsetzen. Nur eine starke Sozialdemokratie garantiert die soziale Demokratie auch im Zeitalter der Globalisierung!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Vor 100 Jahren – Sozialdemokraten wurden durch die Nachwirkungen des „Sozialistengesetzes“ noch ausspioniert und verfolgt – wurden Sozialdemokraten in Aumühle erstmals urkundlich erwähnt. Seitdem engagieren sich Genossinnen und Genossen in Aumühle für die soziale Demokratie in unserem Land. Sie waren dabei aber auch immer ganz nah dran an den alltäglichen Sorgen, Problemen und Hoffnungen ihrer Nachbarn und gewannen deren Vertrauen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke Euch für die bisher geleistete Arbeit. Ohne Euer ehrenamtliches Engagement sähe unser demokratisches Gemeinwesen anders aus. Die SPD war immer eine Mitgliederpartei, die von unten nach oben ihre Willenbildungsprozesse organisiert hat. So soll es auch in Zukunft beleiben. Ich wünsche Euch viel Kraft und Erfolg für Eure wichtige Arbeit und bitte Euch besonders dabei mitzuhelfen, viele neue Mitglieder zu werben. Sprecht über die Inhalte sozialdemokratischer Politik und gewinnt die Menschen für unsere Ziele.

Mit herzlichem Gruß

Euer

Kurt Beck

## Grußwort des SPD-Landesvorsitzenden Dr. Ralf Stegner

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Aumühle, liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Jahr blickt ihr auf auf 100 Jahre Sozialdemokratie in Aumühle zurück und ich freue mich sehr, euch herzlich zu diesem besonderen Jubiläum gratulieren zu können.

Wenn wir uns auf Jubiläen mit unserer Geschichte befassen, dann vor allem deswegen, weil unsere Geschichte Teil unserer Identität prägt. Nur wer weiß, wo er herkommt, kann auch wissen wohin er will. Unsere Geschichte, das ist auch der Rohstoff aus dem die Kraft und das Selbstbewusstsein für den politischen Weg in die Zukunft kommen.

Die Antriebskräfte unserer politischen Arbeit haben sich immer wieder gewandelt. Am Anfang stand die Empörung über die elenden Lebensbedingungen der Arbeiter und ihrer Familien, und über ihre politische und soziale Unterdrückung. Nach 1945 ging es um die Verwirklichung der Demokratie und des Sozialstaatsgedankens.



Es geht uns Sozialdemokraten seit über 140 Jahren immer darum, sich nicht mit der jeweiligen Tagesrealität abzufinden, sondern Ziele und Visionen über den Tag hinaus zu diskutieren und zu beschreiben. Deshalb ist die SPD immer Programm- und Parteipartei geblieben. Die großen Grundsatzziele der Partei waren das ständige

Ringen miteinander um den richtigen programmatischen Kurs und haben die Partei unverwechselbar gemacht. Unsere Identität hat eine starke programmatische Quelle: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität waren, sind und werden die Grundwerte der Sozialdemokratie bleiben.

Seit nun 100 Jahren ringt ihr Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Aumühle um die richtige Politik für die Menschen in eurer Gemeinde – für eure Familien, Freunde und Nachbarn. Euer Ortsverein beweist, dass die SPD nicht nur Programm- und Parteipartei ist. Euer Wirken im Sinne unserer Grundwerte verändert unmittelbar das Leben in eurer Gemeinde.

Durch euer kontinuierliches Engagement zur Steigerung der Lebensqualität der Menschen ist viel erreicht worden. Für dieses Engagement innerhalb und außerhalb der SPD möchte ich euch an dieser Stelle herzlich danken!

Für die Zukunft eures Ortsvereins wünsche ich euch alles erdenklich Gute, die nötige Freude – und satte Mehrheiten!

Euer und Ihr

# Blick zurück und in die Zukunft

## Kaiserzeit und Weimarer Republik

Die SPD in Aumühle kann auf eine über hundert Jahre lange Geschichte zurückblicken. Es kann sogar sein, dass Sozialdemokraten schon früher in der Sachsenwaldgemeinde gelebt haben. Unterlagen über die Gründung eines Ortsvereins gibt es weder in unseren Akten noch im Landesarchiv. Im Archiv der Gemeinde Aumühle gibt es aber Schriftstücke, mit denen nachgewiesen werden kann, dass SPD-Mitglieder in Aumühle mindestens seit 1907 aktiv sind.

kratie“, das praktisch ein Parteiverbot war. Ursache für das Gesetz waren zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm, die Bismarck zu Unrecht den Sozialdemokraten anlastete. 1890 wurde das Sozialistengesetz aufgehoben, Sozialdemokraten von den Behörden aber weiter beobachtet und kontrolliert.

Erst allmählich setzte sich die Auffassung durch, dass Sozialdemokraten doch keine „Vaterlandslose Gesellen“ waren. Das Misstrauen gegenüber Sozialdemokraten schwand,

inzwischen anerkannt. Bei der Kommunalwahl am 4. Mai 1924 gewannen der Tischlermeister Hans Möller und der Kaufmann Paul Lamp'1 für die SPD zwei Sitze in der Gemeindevertretung. Sie wurden 1928, 1932 und auch 1933 wieder in die Gemeindevertretung gewählt.

## Nazi-Herrschaft

Die positive Zeit dauerte aber nicht lange. Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht in Deutschland übernahmen, begannen die Verfolgungen der Sozialdemokraten auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Dieses spürte auch der Ortsverein in Aumühle. Aus den Protokollen der Aumühler Gemeindevertretung geht hervor, dass Hans Möller und Paul Lamp'1 bei der Kommunalwahl am 12. März 1933 erneut gewählt worden waren. In der konstituierenden Sitzung am 4. April 1933 wurde mitgeteilt, dass Paul Lamp'1 sein Mandat nicht annimmt. Er befürchtete Repressalien gegen seine Familie.

Aber auch die Mitgliedschaft von Hans Möller in der Gemeindevertretung war nur von kurzer Dauer. Am 30. Juni 1933 wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung bekannt gegeben, dass Hans Möller "auf Grund des Ministerialerlasses von der weiteren Ausübung seiner Mandate in der Gemeindevertretung und den Kommissionen ausgeschlossen" wird. Damit gab es in der Aumühler Gemeindevertretung keine Sozialdemokraten mehr.

Genauso war es im Kreistag in Ratzeburg. In den Lauenburgischen Kreistag zogen 25 Abgeordnete ein: 13 NSDAP, sechs SPD, zwei Kommunisten und vier von der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot. Die SPD-Vertreter, unter ihnen Paul Lamp'1 nahmen ihr Mandat nicht an. Die freigewordenen Mandate übernahmen NSDAP-Mitglieder, oder sie wurden

## Reichs-Gesetzblatt.

№ 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 221.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

### §. 1.

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

### §. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfsklassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfsklassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

### §. 3.

Selbständige Klassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des Reichs-Gesetzbl. 1878.

67

Herausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.

Sozialdemokraten wurden schon im 19. Jahrhundert Ziel von Bespitzungen und Diskriminierungen. Auf Initiative des Reichskanzlers Otto von Bismarck erließ Kaiser Wilhelm I. am 21. Oktober 1878 das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemo-

und sie konnten sich in der Weimarer Republik aktiv an der Gestaltung Deutschlands beteiligen. Ein Sozialdemokrat, Friedrich Ebert, war von 1919 bis 1925 Reichspräsident. Auch auf kommunaler Ebene wurden die Sozialdemokraten



nicht neu besetzt. Damit endete nicht nur im Kreis Herzogtum Lauenburg und der Gemeinde Aumühle die freiheitliche Demokratie. Sie wurde bis zum Ende des Krieges 1945 ersetzt durch die menschenverachtende Diktatur der Nazis.

## Nachkriegszeit

Noch in den ersten Mai-Tagen 1945 wurde im Sachsenwald gekämpft. Die vorrückenden britischen Truppen richteten ihre Geschütze bereits auf Aumühle, da dort wider Erwarten deutsche Soldaten aufgetaucht waren, die den Ort verteidigen wollten.

Die Aumühler Walter Schütte und Gustav de Vivanco gingen den Engländern entgegen und überzeugten sie, auf eine Beschießung Aumühles zu verzichten. Ein mutiger Schritt dieser beiden. Nach der Kapitulation ernannte die englische Besatzung Walter Schütte zum Bürgermeister. Beigeordneter wurde Gustav de Vivanco. Auch die Sozialdemokraten arbeiteten in dem kommissarisch bestellten Gemeinderat mit – und auch Hans Möller war wieder dabei.

Am 7. Mai 1946 wählte die kommissarisch eingesetzte Gemeindevertretung Paul Lamp'1 zum Bürgermeister. Es war keine leichte Aufgabe, in dieser schweren Zeit Bürgermeister der Sachsenwaldgemeinde zu sein.

Die Bevölkerung war durch den Zustrom von ausgebombten Hamburgern, aber auch durch Flüchtlinge und Heimatvertriebene um das Doppelte angewachsen. Die Wohnungsnot war erdrückend. Der Gemeinde stand kein Bauland zur Verfügung. Bürgermeister Paul Lamp'1 und Gemeindevertreter Alfred Jacobsen baten Fürst Otto von Bismarck um Hilfe. Fürst Bismarck schenkte der Gemeinde ein Grundstück in der Größe von 5,46 Hektar, auf dem Anfang der 50er Jahre die Siedlung Ernst-Anton-Straße und Bürgerstraße entstand. Auf dem Gelände wurde auch die Schule gebaut.

Im September 1946 war die erste Kommunalwahl nach dem Krieg. Der Gemeindevertretung gehörten 15 Mitglieder an. Davon stellte die CDU elf und die SPD vier Mitglieder: Theodor Bollow, Heinrich Grage, Dr. Theodor Kiesselbach, Adele Reiche.

Dr. Fritz Hermannsdorfer wurde zum ehrenamtlichen Bürgermeister gewählt. Zum Gemeindedirektor, und damit zum Chef der Verwaltung, wählte die Gemeindevertretung

einige Wochen später Georg Alsleben. Die Amtsvorsteher wurden damals vom Kreisausschuss bestimmt. Zum Amtsvorsteher des Amtsbezirkes Friedrichsruh wurde am 8. Juli 1947 Paul Lamp'1 bestellt.

bei den beiden anderen Fraktionen um Unterstützung werben. Dieses war nicht immer leicht, zumal, wenn die „Großen“ sich die SPD-Ideen gern auf die eigene Fahne schrieben oder aber die SPD links liegen ließen.



Die denkmalgeschützte Schule in Aumühle

Die Kommunalwahl des Jahres 1948 brachte ein ähnliches Ergebnis wie die im Jahre 1946: zehn Mandate für die CDU und vier für die SPD.

Die politische Landschaft veränderte sich grundlegend 1951, als der BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) als Partei zugelassen worden war. Mit zehn Sitzen war der BHE die stärkste Fraktion in der Gemeindevertretung. Auf die CDU entfielen vier, die SPD zwei Sitze und auf die F.D.P. ein Mandat.

Im Jahr 1955 gab es in der Aumühler Gemeindevertretung wieder ein völlig neues Bild. Erstmals kandidierte eine unabhängige Wählergruppe, die UWG. Sie bekam auf Anhieb sieben Sitze, sechs Plätze in der Gemeindevertretung belegte die CDU. Der BHE verlor seine Mehrheit und schickte nur noch zwei Vertreter in den Rat. Die SPD behielt ihre beiden Sitze, die von Paul Lamp'1 und Heinrich Grage ausgefüllt wurden.

Bei den Kommunalwahlen der folgenden Jahre erhielten CDU und UWG die meisten Stimmen, aber keine Fraktion hatte die absolute Mehrheit. Beide Parteien benötigten für Mehrheiten die Stimmen der SPD.

Die SPD hat sich im Laufe der Jahre daran gewöhnt, in der Gemeindevertretung immer nur mit einer relativ kleinen Mannschaft vertreten zu sein. Um ihre Ideen und Ziele durchsetzen zu können, musste sie stets

## Schulpolitik

Seit Jahrzehnten steht die Schulpolitik bei den Sozialdemokraten im Vordergrund. Den jungen Menschen sollte die bestmögliche Ausbildung mit auf den Weg ins spätere Leben gegeben werden. Es war daher für die Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung nur folgerichtig, sich für eine Vorschule zur Ergänzung zwischen Kindergarten und Grundschule einzusetzen. Dass Aumühle bereits sehr früh, 1971, eine Vorschule einrichtete, ist dem ständigen Drängen des damaligen SPD-Gemeindevertreters Dr. Peter Koch zu verdanken.

Und als es 1970 darum ging, die Realschule in Aumühle zu erhalten, stellte sich die SPD auf den Standpunkt, durch einen Schulverband zwischen Aumühle, Wohltorf und Dassendorf den Bestand der Realschule zu sichern. Sie empfahl zu prüfen, ob eine Gesamtschule die Probleme der zu geringen Schülerzahl lösen könnte. Zum Glück reichte die inzwischen wieder gestiegene Schülerzahl, und der Bestand der kleinen, aber sehr effektiven Realschule in Aumühle war gesichert. Doch heute stehen erneut dunkle Wolken über der Realschule. Die Landesregierung will die Schullandschaft in Schleswig-Holstein völlig verändern. Lesen Sie hierzu unseren gesonderten Beitrag über die künftige Schulsituation in Aumühle.

## Unterstützung für Jugend und Sport

Auch wenn in Aumühle überwiegend ältere Menschen leben, muss die Gemeinde auch Angebote für jüngere Bürger machen. Die SPD-Gemeindevertreter Wolfram Bliesener und Thomas Schliemann forderten in den siebziger Jahren immer wieder den Ausbau des Sportplatzes bzw. den Bau einer normgerechten Sporthalle. Lange Zeit fanden sie bei der Mehrheit der Gemeindevertretung kein Gehör. Doch inzwischen gibt es einen modernen Sportplatz und neben der alten Turnhalle eine große Sporthalle an der Schule.

## Ausweisung von Baugebieten

Baugrundstücke waren in Aumühle stets ein rares Gut. Einer Ausweisung von Baugebieten war und sind in Aumühle enge Grenzen gesetzt. Aber immer, wenn es in Aumühle gelang, Bauland auszuweisen, appellierte die SPD an die beiden anderen Fraktionen, sich für gemeindliche Wohnungen und preisgünstige Grundstücke für Aumühler Familien einzusetzen. In der Regel schlossen sich UWG und CDU den Anregungen der SPD an.



Gemeindewohnungen in der Steinstraße

Und wenn zur Zeit gerade wieder geprüft wird, ob und ggfs. wo ein Baugebiet ausgewiesen werden könnte, wird die SPD darauf drängen, auch wieder günstige Grundstücke oder Wohnungen für Aumühler Familien vorzusehen.

Aber noch wird jegliche Bautätigkeit von der Landesplanung ausgebremst. Die Vorschläge der Gemeinde wurden in Kiel nicht akzeptiert, und die Anregungen der Landesplaner sind für die Aumühler unbefriedi-

gend. Es wird also noch eine Weile dauern, bis in einem neuen Baugebiet Richtkränze aufgezogen werden können.

## Sozialer Wohnungsbau

Trotz der ehemals gemeindlichen Häuser in der Bürgerstraße, der Ernst-Anton-Straße und der Steinstraße war es für nicht so wohlhabende Menschen schwer, in Aumühle eine preisgünstige Wohnung zu finden. Durch den Bau weiterer Sozialwohnungen in den sechziger und siebziger Jahren im Mittelweg, in der Pflingtholzallee und im Weidenstieg unterstützte die Gemeinde diesen Personenkreis.

Wenn Aumühle nicht überaltern wollte, mussten preiswerte Wohnungen für junge Familien mit Kindern angeboten werden. Als dann immer wieder von den beiden großen Fraktionen die Forderung kam, die gemeindeeigenen Wohnungen zu verkaufen, wehrte sich die SPD entschieden gegen diese Pläne, zuletzt in der vorigen Legislaturperiode. So sind jetzt immer noch 145 Wohnungen im Besitz der Gemeinde und werden vom Sozial- und Liegenschaftsaus-

schuss nach sozialen Kriterien an Aumühler Wohnungssuchende vergeben. Auch wenn die Gemeinde erhebliche Investitionen für die Modernisierung der Häuser aufwenden musste, war die Entscheidung, die Wohnungen nicht zu veräußern, richtig.

Die meisten Wohnungen entsprechen dem heutigen Standard, und die Mieter zahlen eine tragbare Miete. Und die Mietwohnungen sind für die Gemeinde auch kein Zuschuss-

geschäft. In jedem Jahr fließt ein Überschuss in den Haushalt der Gemeinde.

## Schaffung von Krippenplätzen

Überall wird die Frage diskutiert, ob es sinnvoll ist, Kleinkinder in Krippen zu betreuen, damit die Eltern einer Berufstätigkeit nachgehen können. Ab 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. In Aumühle gibt es Überlegungen, schon in naher Zukunft Krippenplätze einzurichten, was jedoch mit erheblichen Kosten verbunden ist. Die Gemeinde muss Räume anmieten und für eine Kindereinrichtung umbauen. Neben Baukosten von rund 30.000 Euro rechnet die Verwaltung bei zwei Gruppen für insgesamt zwanzig Kinder, trotz Elternbeiträgen von über 400 Euro pro Kind und Monat, mit einem jährlichen Betriebs- und Personalkostenzuschuss in Höhe von 100.000 Euro.

Seit Mai dieses Jahres wird der Wunsch einiger Eltern zur Errichtung einer Kinderkrippe ernsthaft geprüft. Auch wenn die Beratungen in den Fachausschüssen bereits sehr weit vorangeschritten sind, ist es unklar, ob der Plan kurzfristig realisiert werden kann. Bei den tiefer gehenden Prüfungen haben sich einige Probleme ergeben, die noch geklärt werden müssen.

Dass sich die SPD für eine gute Betreuung der Kinder in Aumühle einsetzt, haben wir bei den Planungen und dem Bau von Kindergärten in der Gemeinde gezeigt. Als absehbar wurde, dass im Jahre 2006 die Kindergartenplätze nicht ausreichen würden, haben wir uns ohne Wenn und Aber für einen Erweiterungsbau am Montessori-Kinderhaus stark gemacht. Eine Vergrößerung des Evangelischen Kindergartens war baulich nicht möglich.

Viele Eltern von Kindern, die den Montessori-Kindergarten besuchen bzw. besucht haben, werden sich noch daran erinnern, dass die SPD sich gegen den entschiedenen Willen des damaligen Bürgermeisters für die Trägerschaft des inzwischen über zehn Jahre bestehenden Kindergartens durch den Montessori-Verein eingesetzt hat und letztendlich dafür eine Mehrheit im Gemeinderat erreichen konnte. Wir wollten den Eltern in Aumühle eine Alternative zum traditionellen kirchlichen Kindergarten anbieten. Unsere Entscheidung bedeutet keine Kritik an der hervorragenden Arbeit des Evangelischen Kindergartens.

## Verwaltungsstrukturreform

Eine ganz neue Herausforderung stellt sich durch die Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein. Die Landesregierung hat gegen den Willen der Kommunen per Gesetz die Gemeinden gezwungen, sich „freiwillig“ zu größeren Verwaltungseinheiten zusammenzuschließen. So wird Aumühle zum 1. Januar 2008 seine Selbständigkeit zwar behalten, wohl aber die eigene Gemeindeverwaltung aufgeben müssen. Die Verwaltungsarbeit wird künftig vom Amt Hohe Elbgeest in Dassendorf ausgeführt. Ein Bürgerbüro und das gesamte Bauamt werden dann für die Bürger aller Amtsgemeinden im Aumühler Rathaus arbeiten.

Für die kommunale Politik bleibt alles wie bisher. Aumühle behält seinen Bürgermeister und die Gemeindevertretung mit ihren Fachausschüssen. Über die Finanzen und alle Selbstverwaltungsangelegenheiten entscheidet weiterhin der Aumühler Gemeinderat.

Die SPD hofft, dass der Bürgermeister bei den Verhandlungen mit dem neuen Amt möglichst viel Bürgernähe für Aumühle herausholen kann.

## Transparenz bei gemeindlichen Entscheidungen

Im Mai nächsten Jahres werden die Bürger aufgerufen, eine neue Gemeindevertretung zu wählen. Unser Ziel ist es, möglichst mit mindestens fünf Sitzen im Rat vertreten zu sein. Damit Sie über alle wichtigen Probleme der Kommunalpolitik informiert sind, werden wir auch weiterhin regelmäßig in der Presse und im Internet ([www.spd-aumuehle.de](http://www.spd-aumuehle.de)) über unsere Arbeit in den Ausschüssen und in der Gemeindevertretung berichten.

Wir haben uns immer dafür eingesetzt, die Gemeindepolitik transparent zu machen. Erst nach vielen Gesprächen und mit acht Jahren Verzögerung nach entsprechender Änderung des Kommunalrechtes konnten CDU und UWG von uns überzeugt werden, auch die Fachausschüsse – in denen die Beschlüsse der Gemeindevertretung vorbereitet werden – öffentlich tagen zu lassen.

Es bleiben auch für die Zukunft viele wichtige Entscheidungen. Dafür ist es erforderlich, dass Sozialdemokraten hierauf wirksam Einfluss nehmen können.

## Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie

Bei der Reichstagswahl 1903 war die SPD mit einem Stimmenanteil von 31,7 % zwar die stärkste Partei, allein das ungünstige Mehrheitswahlrecht ließ sie nur zur zweitstärksten Kraft im Parlament werden (20,4 % der Sitze). Um die Wiederholung eines solchen Wahlerfolges zu verhindern, gründeten am 9. Mai 1904 in Berlin Mitglieder der Deutschkonservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen Partei den "Reichsverband gegen die Sozialdemokratie".

Eduard von Liebert, bis 1901 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, wurde zum Vorsitzenden gewählt.



Emil Specht, Gründer der Villenkolonie Sachsenwald-Hofriede, war Vorsitzender der Kreisgruppe Herzogtum Lauenburg.

Ziel des Reichsverbands war die Vereinigung aller nicht sozialdemokratischen Deutschen. Ideologisch war er, ähnlich dem Alldeutschen Verband und dem Deutschen Flottenverein, am Militarismus orientiert.

1912 konnte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei den Reichstagswahlen 34,8% der Stimmen erlangen und ihre Sitze im Reichstag mehr als verdoppeln. In Folge verlor der Reichsverband stark an Mitgliedern.

Wenige Wochen nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, am 29. August 1914, stellte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie seine gesamte Tätigkeit ein. Damit sollte für die Kriegsdauer der innere Frieden innerhalb des Deutschen Reichs gehalten werden, außerdem hoffte der Vorstand, dass nach Kriegsende eine Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht mehr notwendig sein würde.

## Das erste SPD-Mitglied in Aumühle

Der Tischler **Hans Möller**, geboren am 20. April 1881, zog am 4. Dezember 1906 von Reinbek nach Aumühle in die Kurze Straße. Im Juni 1907 fragte der "Königliche Landrat" beim Amtsvorsteher in Friedrichsruh an, ob Hans Möller und der Schreiber Paul Trinker "als Führer der Sozialdemokratie oder als eifriger und zielbewußter Vertreter ihrer Lehren ... bekannt geworden" sind (siehe Titelseite). Es ist bezeichnend, dass diese "eiligen" Anfragen vorgefertigt waren und nur Namen und Orte eingetragen werden mussten.

Der Friedrichsruher Amtsvorsteher sandte die Anfrage mit dem Vermerk "Termin: 2 Tage!" an den Gemeindevorsteher in Aumühle. Durch die Antwort des Gemeindevorstehers Heinrich Vagt vom 26. Juni 1907 wissen wir, dass Hans Möller zu diesem Zeitpunkt Mitglied der SPD war.

Obwohl das "Sozialistengesetz" bereits 1890 aufgehoben wurde, waren die Amtsvorsteher in Schleswig-Holstein durch das Regierungspräsidium in Schleswig aufgefordert, einmal jährlich sozialdemokratische Vereine (oder solche, die dafür gehalten wurden) an die Landräte zu melden. Diese Meldungen gingen dann zusammengestellt an das Regierungspräsidium. Sollte kein Verein existieren, musste eine "Fehlanzeige" abgegeben werden. Die Überwachung der Sozialdemokraten wurde erst 1914 mit Beginn des Ersten Weltkrieges eingestellt.

Hans Möller wurde 1928 das erste Mal in die Aumühler Gemeindevertretung gewählt.

Am 30. Januar 1933 ernannte Präsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Er bildete eine Koalitionsregierung, der nur zwei Nationalsozialisten angehörten, verlangte aber eine Bestätigung durch das Volk. Daraufhin wurde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März verfügt. Das Preussische Staatsministerium ordnete am 4. Februar an, dass Provinziallandtage, Kreistage und Gemeindevertretungen am 12. März neu zu wählen wären.

Am 4. April 1933 trat die neu gewählte Aumühler Gemeindevertretung das erste Mal zusammen. Im Sitzungsprotokoll heißt es: "Es wird Mitteilung gegeben, daß Herr Lamp'l sein Mandat niedergelegt und Herr Larson die Annahme der Wahl abgelehnt hat."

Anwesend:

Verhandelt: im Gemeindevorstand  
Aumühle, den 12. April 1933.

1. Der Gemeindevorsteher

Lagen  
(als Vorsitzender)

sowie

2. der stellvertretende Gemeindevorsteher

Prof. Dr. Bachmann,

3. die Herren:

Rippell,

4.

v. Gaza,

5.

Krause,

6.

Bewersdorff,

7.

Seußler,

8.

Fors,

9.

Möller,

10.

Bargum,

11.

Augustin,

12.

Franke,

*antwärtig f. d. s.  
Herr Winkler Trapp.*

Zu der auf heute angesetzten Versammlung der Gemeindevertretung, zu welcher die Mitglieder am 4. April d. J. in ortsüblicher Weise unter Bekanntgabe der zur Verhandlung stehenden Tagesordnung mit dem Hinweise darauf zusammenberufen worden sind, daß die Nichtanwesenden sich den gefaßten Beschlüssen zu unterwerfen haben, waren die Nebenbezeichneten erschienen.

Zur Zeit besetzte die hiesige Gemeindevertretung aus 14 1/2 Mitgliedern. Da mehr als die Hälfte der Mitglieder erschienen ist, so ist die Versammlung beschlußfähig.

Es wurde folgendes verhandelt und beschlossen:

*Hierüber ist die Tagesordnung  
mündlich der ungenannten Gemeindevorsteher  
Herrn Hans Möller in die  
Akte eingetragen und von Herr  
Fors bescheinigt auf die Gemeindevorstands-  
Sitzung.*

*Erfüllung seiner Obliegenheiten verspricht.*

Gemeindevorstandsprotokoll:

*Abgegeben mündlich an Himmels:*

<i>Herrn Lagen</i>	<i>2</i>	<i>Himmels</i>
<i>" " Bewersdorff</i>	<i>8</i>	<i>"</i>
<i>in quibus</i>	<i>1</i>	<i>Himmels</i>



Hans Möller rückte am 12. April 1933 für Paul Lamp'l in die Gemeindevertretung nach. Aus dem Protokoll der Gemeindevertretung: "Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der neugewählte Gemeindevertreter Herr Hans Möller in sein Amt eingeführt und vom Vorsitzenden durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet."

Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten. In einer Verlautbarung hieß es: "Der Reichsminister des Inneren hat daher die Landesregierungen ersucht, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz für Volk und Staat vom 28. Februar 1933 die notwendigen Maßnahmen gegen die SPD zu treffen. Insbesondere sollen sämtliche Mitglieder der SPD, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, von der weiteren Ausübung ihrer Mandate sofort ausgeschlossen werden." In Preußen geschah das am darauf folgenden Tag durch einen Erlass des Preussischen Innenministers (und Ministerpräsidenten) Hermann Göring.

Im Protokoll der Aumühler Gemeindevertretung vom 30. Juni 1933 heißt es: "Mitteilungen: Der Vorsitzende gibt bekannt: ... daß er den Vertreter Möller auf Grund des Ministerialerlasses v. d. weiteren Ausübung seines Mandats in der Gemeindevertretung und den Kommissionen ausgeschlossen hat. In den Fürsorgeausschuß wird an Stelle des Herrn Möller Herr v. Gaza gewählt."

Nach dem Ende des Dritten Reiches war Hans Möller ab November 1945 wieder im Gemeinderat. Er starb am 24. März 1946.

Der komm. Gemeindevorsteher.

Aumühle, den 28. Juni 1933.

1. Herrn Hans Möller, h i e r.

Auf Grund des Runderlasses des Herrn Minister des Innern vom 23. Juni 1933 betr. Betätigungsverbot gegen die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, schliesse ich Sie mit sofortiger Wirkung von der weiteren Ausübung Ihres Mandats in der hiesigen Gemeindevertretung sowie in den Kommissionen aus.

*abau  
28/6.*

2. zu den Akten.

*Freigegeben: Franke, Krause v. Gaza,  
Hansen, Loh,  
Hansen - in Möll. Fors, Bargum, Seußler*

## Kommunaler Finanzexperte



**Paul Lamp'1**

Wenn der SPD-Gemeindevertreter Paul Lamp'1 und der Aumühler Bürgermeister Georg Alsleben den Haushaltsplan erarbeiteten, wurde es still im Finanzausschuss, denn kaum ein Gemeindevertreter konnte und wollte sich in die trockene Materie des kameralistischen Gemeindehaushaltes hineindenken. Und damals, in den fünfziger Jahren, gab es erhebliche wirtschaftliche Probleme zu lösen. Zahlreiche Flüchtlinge, in Hamburg ausgebombte Menschen und Heimatvertriebene hatte es nach Aumühle verschlagen. Statt 3000 gab es jetzt gut 6000 Einwohner. Dank seiner guten überörtlichen Verbindungen hat Paul Lamp'1 an der Finanzierung beim Bau der Wohnungen in der Bürgerstraße und der Ernst-Anton-Straße, aber auch beim Neubau der Schule einen erheblichen Anteil.

Wer war der Sozialdemokrat Paul Lamp'1? Geboren wurde er am 6. Juni 1892 in Hamburg. Nach einer kaufmännischen Ausbildung arbeitete er als Kaufmann bei der Hamburger Hafens- und Lagerhaus Aktiengesellschaft (HHLA). Im Ersten Weltkrieg war er zur Marine eingezogen worden und hat an der Skagerrak-Schlacht teilgenommen. Nach dem Krieg beteiligte sich Paul Lamp'1 in Kiel an den Matrosenaufständen und kämpfte für mehr Demokratie in Deutschland.

Anfang der zwanziger Jahre kam Paul Lamp'1 nach Aumühle. Er heiratete Martha Reimers, die Tochter des damaligen Aumühler Bürgermeisters Theodor Reimers. Ab 1924 war Paul Lamp'1 Mitglied der Aumühler Gemeindevertretung. Die Vorurteile

der konservativen Gemeindevertreter, der Sozialdemokrat Lamp'1 wollte in Aumühle einen Bauern- und Soldatenrat einführen, konnte er sehr schnell entkräften. 1926 wurde Paul Lamp'1 auch Mitglied des Kreistages in Ratzeburg. Dann kam die Zeit der NSDAP. Ab 1933 hat Paul Lamp'1, in die Gemeindevertretung und auch in den Kreistag gewählt, alle politischen Ämter aufgegeben, um seine Familie zu schützen.

Bei der HHLA wurde er als Sozialdemokrat entlassen. Es gelang ihm, bei einer dänischen Firma auf dem Hamburger Schlachthof Arbeit zu bekommen. Und das hatte für Paul Lamp'1 positive Folgen. Nach dem Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde auch er verhaftet und ins Konzentrationslager Neuengamme eingeliefert. Seinem dänischen Arbeitgeber gelang es, ihn als „unabkömmlich“ - vermutlich mit Schweinehälften - „freizukaufen.“

Gerade wegen seiner schlimmen Erlebnisse engagierte sich Paul Lamp'1 gleich nach dem Krieg erneut in der Kommunalpolitik. Er wurde von der englischen Besatzung in den kommissarischen Aumühler Gemeinderat berufen, und von diesem Gremium wurde er 1946 zum Bürgermeister gewählt. Darüber hinaus bestellte ihn 1947 die Sonderkommission des Kreisausschusses zum Amtsvorsteher des Amtes Friedrichsruh. Dieses Mal nahm Paul Lamp'1 im Jahre 1946 auch die Wahl in den ersten Kreistag nach dem Krieg an. Von 1955 bis 1966 wurde er als Mitglied in den Kreisausschuss und mehrfach zum 2. stellvertretenden Landrat gewählt. Am 19.9.1953 wurde ihm für seine großen kommunalpolitischen Verdienste die Kreisplakette verliehen.

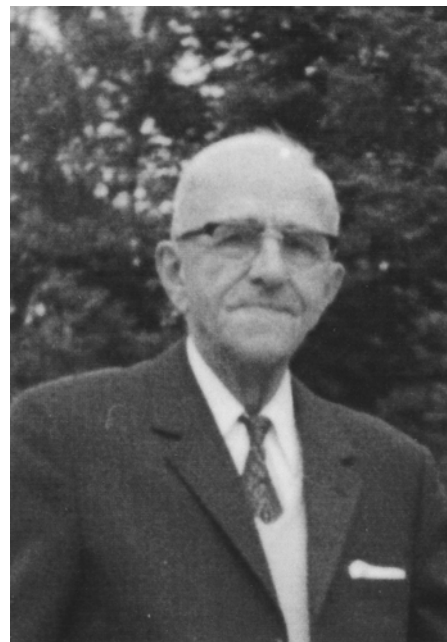
Auch beruflich wurde Paul Lamp'1 rehabilitiert. Bei der HHLA erhielt er die Stellung eines Handlungsbevollmächtigten.

Paul Lamp'1 wurde als gradliniger Mensch geachtet, und sein Wort hatte in den kommunalen Gremien Gewicht. Häufig trafen sich Kommunalpolitiker aller Parteien im Hause Lamp'1, um bei einer guten Zigarre und einem Glas Bier aktuelle politische Themen zu erörtern.

Paul Lamp'1 hat im Kreis Herzogtum Lauenburg und in der Gemeinde Aumühle über die SPD hinaus viel bewegt. Im Jahre 1966 zog sich Paul Lamp'1 aus den politischen Ämtern zurück. Er wollte Jüngeren mit neuen Ideen Platz machen.

Am 10. November 1975 starb Paul Lamp'1.

## Ein Mann der ersten Stunde



**Bruno Bliesener**

Engagierter Lehrer an der Volksschule in Aumühle

Wer Bruno Bliesener in den Jahren seiner beruflichen Tätigkeit als Lehrer in Aumühle erlebt hat, kann sich nicht vorstellen, dass er 1933 mit sofortiger Wirkung aus dem Schuldienst entlassen worden war.

In einem Telegramm teilte ihm der Regierungspräsident am 3. April die Entlassung mit. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Doch es war klar, die NSDAP wollte den Sozialdemokraten aus dem Schuldienst entfernen. Das war wohl die größte Erniedrigung für den engagierten Lehrer.

Die Rehabilitierung für Bruno Bliesener kam im Jahre 1949, als er vom Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Delegierten in die Bundesversammlung gewählt wurde. Es war wohl eines der größten Ereignisse für ihn, als Mitglied der Bundesversammlung an der Wahl des ersten Bundespräsidenten mitzuwirken. Gewählt wurde am 12. September 1949 in Bonn Prof. Dr. Theodor Heuss.

Von diesen großen Ereignissen im Leben Bruno Blieseners wusste kaum ein Aumühler. Er hat sich nie in den Mittelpunkt gestellt, auch nicht, als er 1975 die goldene SPD-Ehrendnadel verliehen bekam.

Seine politische Überzeugung hat Bruno Bliesener niemals verleugnet. Er war aber kein fanatischer Genosse, der nur die Ziele der Partei sah. Das macht deutlich, dass er auch enge Freunde innerhalb anderer Parteien hatte. So verband ihn mit Dr. Karl Voigt, dem langjährigen Bürger-

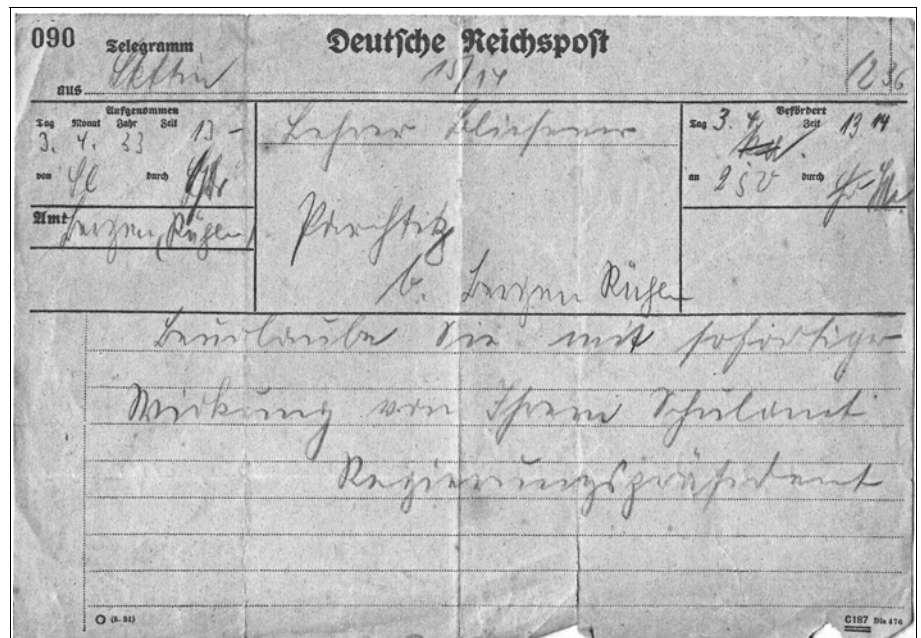


vorsteher, eine viele Jahre andauernde Freundschaft. Toleranz war für Bruno Bliesener nicht nur eine Phrase. Er lebte sie täglich.

Im Jahre 1949 kam Bruno Bliesener nach Aumühle. Er begann seinen Dienst noch in der Schulbaracke am Bahnhof. Hier und dann ab 1951 in der neuen Schule brachte er den Mädchen und Jungen nicht nur Lesen und Schreiben bei, sondern auch soziales Verhalten.

Es war für den Pädagogen Bliesener selbstverständlich, sich auch nachmittags um die Jugend zu kümmern. Bis zur Auflösung des Jugendaufbauwerks in Wohltorf war er dort in seiner Freizeit als Lehrer tätig.

Gern hätte „Opa Bruno“ für seine Enkelkinder die Geschichten der „Murmeltalzwirge von der Bille“ aufgeschrieben, einige Manuskripte hatte er schon erarbeitet, doch seine Gesundheit ließ dieses nicht mehr zu. Bruno Bliesener starb achtzigjährig am 27. August 1982.



Telegramm aus Stettin / aufgenommen am 3.4.1933 / Amt Bergen (Rügen)

Lehrer Bliesener  
Parchitz b. Bergen Rügen  
Beurlauben Sie mit sofortiger Wirkung von Ihrem Schuldienst  
Regierungspräsident

## Wie sieht die Zukunft der Aumühler Realschule aus ?

Zahlreiche Studien (wie PISA etc.) haben gezeigt, dass das klassische dreigliedrige Schulsystem in Deutschland nicht mehr angemessen ist. Die frühe Sortierung der Schüler in Hauptschule, Realschule oder Gymnasium am Ende der 4. Klasse ist besonders für „Spätentwickler“ nachteilig. Zahlreiche Bundesländer haben deshalb Modelle entwickelt, die eine bessere Förderung der Schülerinnen und Schüler mit leichteren Übergängen zwischen den Systemen ermöglichen sollen. Die relativ starre Festlegung ab der 5. Klasse in Haupt-, Realschule und Gymnasium wird von vielen Pädagogen als Schwachpunkt des derzeitigen deutschen Schulsystems angesehen. Hier will das neue Schulgesetz von Schleswig-Holstein Abhilfe schaffen, wobei die Grundschulen davon weitgehend unberührt bleiben.

Während das Gymnasium in seiner bisherigen Form – aber mit einer auf 12 Jahre verkürzten Gesamtschulzeit – bestehen bleibt, soll es Haupt- und Realschulen im bisherigen Stil ab 2010 nicht mehr geben. Als neue Schulformen sollen Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen entstehen. In der nach skandinavischem Vorbild konzipierten Gemeinschaftsschule soll – ähnlich wie bisher in der Gesamtschule – der Fach-Unterricht

in den Kernfächern ab der 7. Klasse auf drei unterschiedlichen Anforderungsebenen stattfinden. Sprachbegabte Schüler mögen z.B. bei Fremdsprachen in der höchsten Anforderungsebene, in Mathematik und Naturwissenschaften aber in einer niedrigeren Anforderungsebene sein. Werden entsprechende Prüfungen am Ende der 9. bzw. 10. Klasse bestanden, ist damit der Haupt- oder Realschulabschluss erreicht. Der Notendurchschnitt in diesen Prüfungen entscheidet darüber, ob sich der jeweilige Schüler für einen weiteren Schulbesuch zum Erreichen eines höheren Schulabschlusses qualifiziert. D.h. ein guter Realschulabschluss ermöglicht den Übergang in eine gymnasiale Oberstufe oder die Sekundarstufe II einer Gemeinschaftsschule. In beiden Fällen würde das Abitur nach 13 Schuljahren erreichbar sein. Die wichtigsten Grundzüge des neuen Schulgesetzes von Schleswig-Holstein mit den Charakteristika von Regional- und Gemeinschafts-Schule wurden vom **SPD-Landtagsabgeordneten** Dr. Henning Höppner in einer öffentlichen Veranstaltung am 20. September im Sport- und Jugendheim erläutert. Dabei machte er auch deutlich, dass die vom Land vorgegebenen Mindestschülerzahlen pädagogisch begründet sind und eine Unterschreitung dieser Zahlen den Erfolg der

ganzen Schulreform in Frage stellen würde. Wesentliches Element des neuen Schulgesetzes ist auch, dass die Eltern wählen können, auf welche Schule sie ihre Kinder schicken möchten. Sie sind also nicht mehr an die örtliche Schule gebunden. Damit kann es u.U. im Laufe der nächsten 10 bis 15 Jahre bei sinkenden Schülerzahlen zu einem Wettstreit der Schulen um die Schüler kommen.

Die Schulsituation in Aumühle ist besonders, weil derzeit am Ende der Grundschule über 70 % der Schüler zum Gymnasium wechseln. (Die durchschnittlichen Zahlen für Schleswig-Holstein oder unseren Kreis liegen dagegen bei 35 %.) Von den etwa 30 Kindern jedes Jahrganges in Aumühle bleiben derzeit maximal zehn im Ort, um unsere Realschule zu besuchen, so dass schon jetzt nur etwa 30 % der ca. 170 Realschüler aus Aumühle kommen. Wenn es gelänge, die Realschule in eine **Gemeinschaftsschule** umzuwandeln, wäre sie sicherlich für einen größeren Prozentsatz der Kinder aus Aumühle und Wohltorf interessant. Zwar wäre der Weg bis zum Abitur ein Jahr länger als bei einem Besuch des Gymnasiums in Wentorf oder Reinbek, aber wohl auch stressärmer. Insbesondere würden die Schüler bis zu einer

Stunde pro Tag weniger Fahrzeit vergeuden, die für nützlichere und/oder erfreulichere Aktivitäten (Schularbeiten, Sport, Spielen etc.) verwendet werden könnte. Behält also die Schule ihren jetzigen guten Ruf, könnten so mehr als die Hälfte aller Aumühler Kinder eines Jahrgangs bis einschließlich 10. Klasse die Schule am Ort besuchen, und erst dann für die letzten drei Schuljahre vor dem Abitur auf eine auswärtige Schule wechseln. Bis zum Alter von etwa 16 Jahren könnten die Schüler eine Schule überschaubarer Größe besuchen, wo Probleme wie Gewalt oder Drogen meist besser in den Griff zu bekommen sind als an großen Schulen. Das wäre sicherlich ein wesentlicher Qualitätsgewinn für Familien mit Kindern. Aumühle würde so langfristig ein attraktiver Wohnort bleiben.

Vor diesem Hintergrund hatte die **Aumühler SPD** gehofft, dass eine Lösung für den Ausbau unserer Schule zu einer eigenständigen Gemeinschaftsschule gefunden werden könnte. Die damit verbundenen erheblichen Investitionen (ca. 2 Millionen Euro) hätten wir befürwortet, wenn durch Verhandlungen mit Wentorf, anderen Nachbargemeinden und dem Kreis sichergestellt worden wäre, dass diese Gemeinschaftsschule langfristig Bestand hätte. Niemand würde solche Summen für eine Schule ausgeben wollen, die evtl. in 10 bis 15 Jahren nicht mehr gebraucht würde und deshalb geschlossen werden müsste. Die von der Gemeinde in Auftrag gegebene demographische Studie erwartet bis zum Jahre 2013 steigende Schüler-

zahlen, doch danach muss mit einem allmählichen Rückgang gerechnet werden. Um Fachunterricht auf 3 Anforderungsebenen anbieten zu können, werden mindestens 50 bis 60 Schüler pro Jahrgang benötigt, was dann eine Gesamtschülerzahl von über 300 in den Klassen 5 bis 10 (Sekundarstufe I) erfordert. Diese Zahl würde nach der Studie nur im Zeitraum zwischen 2012 und 2016 knapp erreicht und danach vermutlich deutlich unterschritten.

Würde unsere Realschule in eine **Regionalschule** umgewandelt, wäre zwar die erforderliche Gesamtschülerzahl mit 240 kleiner, aber der Anteil der Aumühler Schüler würde wahrscheinlich auf unter 20 % sinken, denn von den Kindern, die nicht aufs Gymnasium gehen, würden viele wohl wegen der besseren Bildungsperspektiven einer auswärtigen Gemeinschaftsschule den Vorzug vor einer Regionalschule im Ort geben. Die **SPD-Fraktion** in der Gemeindevertretung könnte sich mit einer solchen Lösung nicht anfreunden, bei der wir massiv in eine Schule investieren, die für deutlich weniger als 30 % der Aumühler Kinder attraktiv ist und deshalb ganz überwiegend von auswärtigen Kindern besucht würde. Außerdem erwartet die demographische Studie keinen wesentlichen Anstieg der Schülerzahlen über das jetzige Niveau bei einer Umwandlung in eine Regionalschule, so dass die erforderlichen 240 Schüler voraussichtlich nie erreicht würden.

Während die **Weiterführung unserer Grundschule nicht in Frage steht**, bedeutet das neue Schulge-

setz doch, dass unsere seit 1961 bestehende Realschule (früher Mittelschule) in der bisherigen Form nicht weitergeführt werden kann. Derzeit deuten alle Zahlen darauf hin, dass die **Schule nicht als eigenständige Schule erhalten werden kann**, sondern nur als Außenstelle einer größeren Schule z.B. in Wentorf. Insbesondere könnten die 5. und 6. Klassenstufe problemlos in Aumühle angesiedelt werden, da in diesen Klassen noch gemeinsamer Unterricht erfolgt, bevor ab der 7. Klasse die Kernfächer auf unterschiedlichen Anspruchsebenen unterrichtet werden. Inzwischen gibt es wohl in der Gemeindevertretung eine klare Mehrheit, dass für Aumühle nur eine Gemeinschaftsschule Sinn macht. Hierzu wird in den nächsten Wochen noch intensiv mit Wentorf und den umliegenden Gemeinden verhandelt werden müssen, bevor die Gemeindevertretung eine Entscheidung treffen kann. Das letzte Wort hat allerdings das Ministerium in Kiel, das die Pläne der Gemeinden intensiv auf ihre Durchführbarkeit prüfen wird, bevor es einer Umwandlung in eine Regional- oder Gemeinschafts-Schule zustimmt.

Sollte das Ministerium die Weiterführung der Schule als öffentliche Schule ablehnen, müsste man auch ernsthaft über die Einrichtung einer privat geführten Schule (z.B. Montessori) nachdenken. Die Nachfrage nach solchen Schulen steigt ständig; so ist die neu gegründete Montessori-Schule in Bergedorf bereits völlig ausgebucht. Im Zusammenhang mit dem Montessori-Kinderergarten wäre eine solche Schule sicher ein Gewinn für Aumühle.



Die SPD-Fraktion hatte als Vorbereitung für die Einwohnerversammlung am 25. September einen der "Väter" des neuen Schulgesetzes, den SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Henning Höppner, ins Sport- und Jugendheim eingeladen, um uns über die beiden neuen Schulformen Regionalschule und Gemeinschaftsschule und die dahinter steckenden pädagogischen Konzepte zu informieren. In Anwesenheit des Bürgermeisters, der neuen Schulleiterin Frau Lange und zahlreicher Gemeindevertreter aus allen Fraktionen berichtete er darüber, wie das neue Schulgesetz die Bildungschancen für Schüler im Land verbessern soll.

## Ein drittel Jahrhundert für Aumühle



**Axel Mylius**

Axel Mylius gehört zu den wenigen Aumühlern, der, wie er stolz berichtet, in seinem Elternhaus in Aumühle geboren wurde. Seit seiner Jugend interessieren ihn die Geschichte seiner Heimatgemeinde und die Zusammenhänge von Kultur, Gesellschaft, Geschichte und Politik. Die soziale Politik und die Abkehr vom Kalten Krieg durch Willy Brandt, verbunden mit dem gesellschaftlichen Aufbruch, waren für ihn Anlass, in die SPD einzutreten.

„Beeindruckt hat mich, wie reibungslos sich die von den Aumühlern akzeptierte Integration der ausgebombten Hamburger und der Heimatvertriebenen in unserer Gemeinde vollzogen hat. Die darin erkennbare Solidarität und Integrationsbereitschaft der Bürger, motivierten mich, selbst an der Gestaltung der Gemeinde mitzuwirken“, begründet Axel Mylius seinen Schritt, 1974 für die Gemeindevertretung zu kandidieren.

Seit seiner Wahl ist Axel Mylius mehr als 33 Jahre ununterbrochen Mitglied der Gemeindevertretung. Er war wohl in fast allen Ausschüssen der Gemeinde tätig und hat viele Jahre als 2. stellvertretender Bürgervorsteher und 1. oder 2. stellvertretender Bürgermeister die Geschicke des Ortes engagiert mitgestaltet. 1977 bis 2004 war Axel Mylius Chef der SPD-Fraktion. Erleichtert und doch etwas wehmütig zog er sich nach 27 Jahren aus der ersten Reihe zurück, nachdem sein langjähriger politischer Freund Dr. Klaus Baumann bereit war, den Fraktionsvorsitz zu übernehmen.

Axel Mylius ist ein Mann des Ausgleichs; er kann zuhören und bringt bei engagierten, kontrovers geführten Diskussionen die Sache meist

auf den Punkt: „Für mich ist es immer wichtig, die Belange aller Bevölkerungsschichten bei unseren Entscheidungen gerecht zu bewerten.“

In der Sache kennen ihn die Gemeindevertreter als engagierten Kämpfer, der dennoch um Ausgleich bemüht ist, und versucht, in seiner ruhigen Art, mit Argumenten zu überzeugen.

Nach anfänglichen Vorurteilen über den „linken“ Axel Mylius hat er aufgrund seiner Sachkenntnis und Persönlichkeit bei allen Fraktionen Anerkennung und Respekt erworben. Sein Wort hat auch beim politischen Gegner Gewicht. Unter seiner Regie ist der Stimmenanteil der Aumühler SPD bei Kommunalwahlen stetig gestiegen. Lediglich im Jahre 2003 gab es einen - vermutlich durch die Bundespolitik verursachten - herben Rückschlag. Doch wir hoffen wieder auf einen Aufwärtstrend bei der Kommunalwahl im Mai 2008.

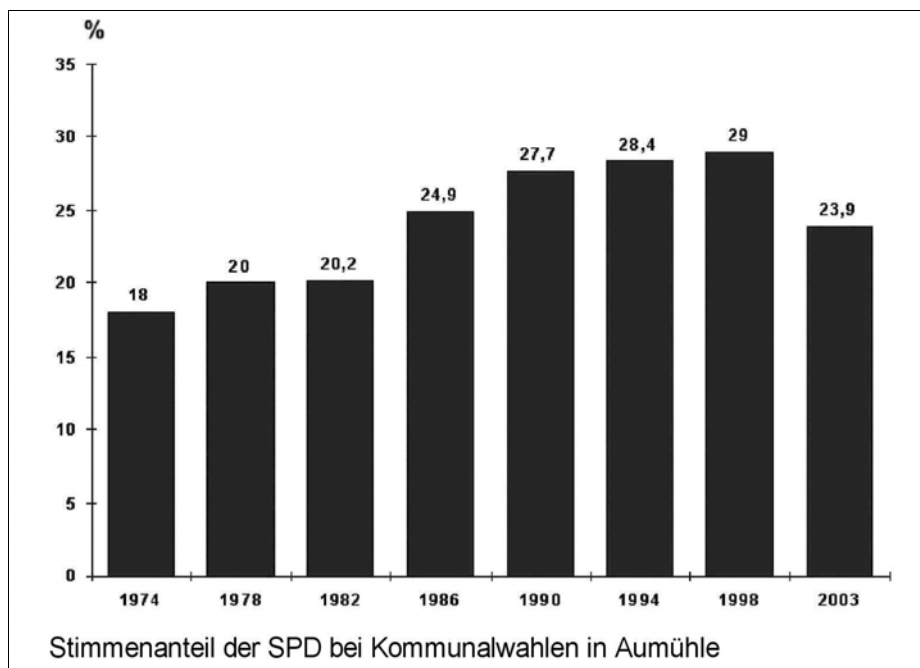
Eine der ersten schwierigen Aufgaben für Axel Mylius und seine Mannschaft war 1977 die Erarbeitung eines Systems zur Vergabe von Grundstücken auf der ehemaligen „Müllerkoppel“, dem letzten Feld in Aumühle. Nachdem bei dem einige Jahre zuvor erschlossenen Gebiet

Das ist auch gut gelungen. Viele junge Aumühler, die ihr Elternhaus verlassen und eine eigene Familie gründen wollten, haben dort gebaut und wohnen zum großen Teil immer noch dort. Die SPD-Fraktion sieht dieses als Modell für die Grundstücksvergabe in einem eventuell neu zu erschließenden Baugebiet an.

Ein glücklicher Umstand ist, dass Axel Mylius private Überzeugungen und berufliche Tätigkeit in Einklang bringen kann. Als Biologe ist er in einem Hamburger Naturschutzreferat tätig: Schutz der Natur und Umwelt sind in seinem Leben ein wichtiger Schwerpunkt.

Gegen die Versuche der UWG, die Aumühler Baumschutzsatzung aufzuheben, hat Axel Mylius sich mit sehr viel Überzeugungskraft erfolgreich im Gemeinderat eingesetzt.

Wegen seiner kritischen Beurteilung der derzeitigen Politik der Bundes-SPD hat er geögert, erneut für die Gemeindevertretung zu kandidieren. Seine Überzeugung, dass er mit seiner Arbeit vor Ort seine vorhandenen kommunalpolitischen Vorstellungen zum Wohl der Mitbürger einbringen kann, hat ihn bewogen, im kommenden Jahr bei der Kommunalwahl für die SPD erneut zu kandidieren.



„Rehkoppel/Kiefernschlag“ nur wenige „alteingesessene“ Aumühler Bürger zum Zuge gekommen waren, hatte sich die SPD-Fraktion dafür stark gemacht, dass „Auf der Koppel“ eine bevorzugte Vergabe von Grundstücken an Menschen mit klarem Bezug zu Aumühle stattfinden sollte.

Es steht eine Reihe wichtiger Entscheidungen an, bei denen seine Sachkenntnis benötigt wird. Die SPD-Fraktion in Aumühle freut sich, dass Axel Mylius weiterhin mit seinem Erfahrungsschatz und kritischen Anmerkungen zur Verfügung steht.



Mitglieder der SPD-Gemeinderatsfraktion (von links).

Hintere Reihe: Reinhard Weule, Reinhard Röseler, Anke Kothe (parteilos), Burghart Tessendorf

Vordere Reihe: Ursula Reder-Mylius, Axel Mylius, Barbara Neinass, Klaus Baumann

Auf der Internetseite der SPD Aumühle ( [www.spd-aumuehle.de](http://www.spd-aumuehle.de) ) finden Sie ständig aktualisierte Berichte zu allen wichtigen Themen der Aumühler Kommunalpolitik. Bitte halten Sie sich dort auf dem Laufenden.

## Haben Sie schon ein Geschenk?

Meistens können sich Jubilare etwas wünschen. Und da hätten wir eine Idee! Wir haben den Wunsch, neue Mitglieder in unseren Ortsverein aufnehmen zu können.

Ärgern Sie sich nicht auch über die eine oder andere politische Entscheidung? Genau da sollten Sie ansetzen und überlegen, wie man so etwas verhindern kann.

Wir haben eine Lösung für Sie. Machen Sie mit bei uns, und sagen Sie in den Fachausschüssen, der Fraktion oder in der Gemeindevertretung Ihre Meinung. Sorgen Sie durch Ihr Engagement mit dafür, dass Beschlüsse gefasst werden, die Ihrer Auffassung entsprechen.

Bewegen können Sie nur dann etwas, wenn Sie mitmachen!

Wenn Sie sich nicht oder noch nicht zu einer SPD-Mitgliedschaft entschließen können, so unterstützen Sie die Arbeit als wählbarer Bürger in einem der Fachausschüsse der Gemeindevertretung.

So sind Sie immer auf dem neuesten Stand, was in Aumühle geschieht, und Sie können die Politik in unserem Ort mitbestimmen.



Ist das nicht ein tolles Angebot?

Und ein schöneres Geschenk können Sie uns zum 100-jährigen Jubiläum nicht machen.

Ihr SPD-Ortsverein Aumühle

## Geschenk-Gutschein

Ja, ich will das Angebot des SPD-Ortsvereins Aumühle annehmen und möchte

Mitglied im Ortsverein werden.

in der SPD-Fraktion als parteiloses Mitglied mitarbeiten.

Bitte schicken Sie mir Unterlagen über die SPD.

Vorname

Nachname

.....

Wohnort

Straße

.....